

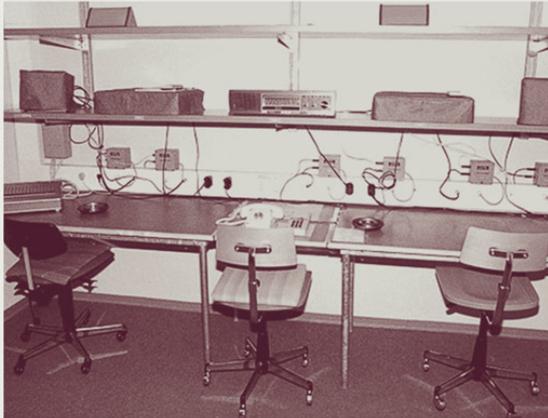
Titus J. Meier  
*Widerstandsvorbereitungen  
für den Besatzungsfall*  
Die Schweiz im Kalten Krieg



**NZZ LIBRO E-Book**

NZZ Libro

Titus J. Meier  
*Widerstandsvorbereitungen  
für den Besatzungsfall*  
Die Schweiz im Kalten Krieg



**NZZ LIBRO E-Book**

NZZ Libro



Titus J. Meier

*Widerstandsvorbereitungen für den  
Besatzungsfall*

Die Schweiz im Kalten Krieg

NZZ Libro

Für Helena und meine Eltern

Die vorliegende Arbeit wurde von der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich im Frühjahrssemester 2017 auf Antrag der Promotionskommission, Prof. Dr. Rudolf Jaun (hauptverantwortliche Betreuungsperson) und Prof. Dr. Jörg Fisch, als Dissertation angenommen.

Autor und Verlag danken folgenden Institutionen für die grosszügige finanzielle Unterstützung:



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2018 NZZ Libro, Neue Zürcher Zeitung AG, Zürich

Der Text des E-Books folgt der gedruckten 1. Auflage 2018 (ISBN 978-3-03810-332-5)

Lektorat: Jens Stahlkopf, Berlin | [www.lektoratum.com](http://www.lektoratum.com)

Titelgestaltung: TGG Hafen Senn Stieger, St. Gallen

Datenkonvertierung: CPI books GmbH, Leck

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werks oder von Teilen dieses Werks ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

ISBN E-Book 978-3-03810-397-4

[www.nzz-libro.ch](http://www.nzz-libro.ch)

NZZ Libro ist ein Imprint der Neuen Zürcher Zeitung.

# Inhaltsverzeichnis

Geleitwort

## **1 Einleitung**

1.1 Kontextualisierung und Begriffe

1.2 Theoretische Überlegungen zum  
Untersuchungsgegenstand

1.3 Forschungsstand

1.4 Fragestellung, Quellenlage und Methode

1.5 Gliederung der Arbeit

## **2 Das geschichtliche Umfeld: die Schweiz und der Kalte Krieg**

## **3 Völkerrechtliche Grundlagen**

3.1 Völkerrechtliche Stellung des Kombattanten

3.2 Widerstand im Besatzungsfall

3.3 Exilregierung im Völkerrecht

### **I. Teil**

## **Widerstand als militärische Reaktion auf eine Besetzung der Schweiz**

## **4 Kleinkrieg und Partisanen während des Konzeptionsstreits**

4.1 Vom Schutz des Hinterlands zur Neuorganisation des Territorialdienstes

4.2 Kleinkriegsdiskussionen während des  
Konzeptionsstreits

4.3 Die Kleinkriegs- und Partisanenkonzepte der Reformer

4.4 Der LdU und der Partisanenkrieg

## **5 Partisanen- und Untergrundarmee in den 1950er-Jahren**

5.1 Von Partisanen und Guerilla-Organisationen in der Politik

5.2 Für und wider Partisanen in der Presse

## **6 Kleinkrieg und Jagdkampf in der Schweizer Armee**

6.1 Jagdkampf und Kleinkrieg in der schweizerischen Verteidigungskonzeption

6.2 Vom Kampf im feindbesetzten Gebiet zu den Jagdpionieren

## **II. Teil**

### **Widerstand als politische Reaktion auf eine Besetzung der Schweiz**

## **7 Konzeptionelle Grundlagen und Diskussionen**

7.1 Weisungen des Bundesrates während des Zweiten Weltkriegs

7.2 Neugestaltung des Territorialdienstes nach dem Zweiten Weltkrieg

7.3 Diskussionen über eine Untergrund- und Widerstandsbewegung 1951

7.4 Gedankliche Vorbereitung zu einer «Untergrund- oder Widerstandsbewegung»

7.5 Der Ungarnaufstand und das Postulat Jaeckle

7.6 Widerstand im Besetzungsfall als Teil der schweizerischen Sicherheitspolitik

7.7 Widerstand im Besetzungsfall im Rahmen der Gesamtverteidigung

## **8 Vorbereitungen während des Zweiten Weltkriegs**

8.1 Aktion Nationaler Widerstand (ANW)

8.2 Das geheime Funknetz (G-Netz)

## **9 Anfänge der organisatorischen Vorkehrungen im Kalten Krieg**

9.1 «Réseau clandestin interne» innerhalb der Nachrichtensektion

9.2 Aufbau der territorialdienstlichen Organisation nach 1957

9.3 Exkurs: Exilvorbereitungen des Bundes

## **10 Aufbau des Spezialdienstes unter Hans Burger (1967-1969)**

10.1 Auftrag, Personal und Mittel

10.2 Ausbildung in Grossbritannien und Erweiterung der Aufgaben

## **11 Ausbau der Sektion Spezialdienst unter Heinrich Amstutz (1969-1975)**

11.1 Neuer und erweiterter Auftrag

11.2 Aufbau und Ausbau der Organisation

11.3 Ausbildung

11.4 Ausrüstung

11.5 Exilüberlegungen und -vorbereitungen

11.6 Der Abschnitt Baselland als Fallbeispiel

## **12 Reorganisation des Spezialdienstes unter Albert Bachmann (1976-1979)**

- 12.1 Die Leitung des Spez D unter Albert «Tom» Bachmann (1929-2011)
- 12.2 Auftrag und Konzeption des Spezialdienstes
- 12.3 Neuanfang im Spezialdienst
- 12.4 Feldorganisation - Aufbau, Rekrutierung und Betreuung
- 12.5 Neuerungen in der Ausbildung
- 12.6 Ausbildungsunterstützung durch die Briten
- 12.7 Spezielle Übungen
- 12.8 Weitere Partner des Spezialdienstes
- 12.9 Finanzierung des Spezialdienstes
- 12.10 Kontrollen und Aufsicht über den Spezialdienst
- 12.11 Exilvorbereitungen
- 12.12 Unruhen im Spezialdienst und Entflechtung der Geheimen Dienste

## **13 Projekt 26 - Kaderorganisation für den Widerstand (1979-1990)**

- 13.1 Die Leitung des Projekts 26 unter Efrem Cattelan (1931-2014)
- 13.2 Die Transformation vom Spezialdienst zum Projekt 26
- 13.3 Auftrag, Grundkonzeption und Struktur der Kaderorganisation Projekt 26
- 13.4 Die verschiedenen Fachgruppen und ihre Fachkonzepte
- 13.5 Rekrutierung und Personal
- 13.6 Ausbildung
- 13.7 Infrastruktur, Ausrüstung und Logistik

- 13.8 Finanzierung der Kaderorganisation Projekt 26
- 13.9 Unterstellung, Kontrolle und Aufsicht über das Projekt 26
- 13.10 Aktivierung: von der Kaderorganisation zur Widerstandsorganisation
- 13.11 Untersuchung durch die PUK EMD und Liquidation des Projekts 26

### **III. Teil**

## **Die «Widerstandsvorbereitungen» 1990 in Medien und Politik**

### **14 Eine Zeit des Umbruchs**

- 14.1 Auf dem Weg zur PUK EMD
- 14.2 Die Arbeit und Vorgehensweise der PUK EMD
- 14.3 Der Bericht der PUK EMD
- 14.4 Die mediale Aufnahme des PUK-EMD-Berichts

### **15 Schlussbetrachtung und Zusammenfassung**

### **16 Anhänge**

- 16.1 Schematische Darstellungen und Organigramme
- 16.2 Abkürzungsverzeichnis
- 16.3 Abbildungsverzeichnis
- 16.4 Übersicht der Amtsinhaber 1936–1992
- 16.5 Personenregister
- 16.6 Originaldokumente

### **17 Quellen- und Literaturverzeichnis**

### **18 Anmerkungen**

## **19      Der Autor**

# Geleitwort

Es war an einem nasskalten Morgen im November 1990, als um etwa 6.00 Uhr bei mir zu Hause das Telefon klingelte und ich aufgefordert wurde, mich um 7.15 Uhr in einem Konferenzzimmer des Verwaltungszentrums EMD einzufinden. Dort orientierte mich Generalstabschef Heinz Häsler in aller Kürze über die Widerstandskaderorganisation P-26. Dann erhielt ich den Auftrag, umgehend alle P-26-Materialdepots zu versiegeln. Das Versiegeln der Depots und die folgenden Inventarkontrollen – beides unter Aufsicht eidgenössischer Parlamentarier – erlaubten mir zwar Einblick in die materielle Ausrüstung der P-26, nicht aber in die eigentliche Organisation.

Die hektische Suche nach den Anhängen zum Cornu-Bericht liess anfangs 2018 Medien und Politik einmal mehr heiss laufen. Unzählige fundierte und weniger fundierte Kommentare und Berichte sorgten dafür, dass die P-26 zur Tagesaktualität wurde. Es ist höchste Zeit, das Thema Widerstand in der feindbesetzten Schweiz sachlich und – soweit zugänglich – auf Fakten basierend zu beleuchten.

Titus Meier legt mit diesem Buch die erste umfassende Darstellung der schweizerischen Überlegungen und Aktivitäten zum Widerstand in feindbesetztem schweizerischem Territorium zwischen 1940 und 1990 vor. Seit 15 Jahren setzt er sich mit dem Thema wissenschaftlich auseinander, zunächst in einer Seminararbeit, später im Rahmen seines Lizentiats und nun mit der vorliegenden Dissertation an der Universität

Zürich. Seine Arbeit unterscheidet sich wohltuend von vielen undifferenzierten Beiträgen in den Medien und haltlosen Verlautbarungen von Verschwörungstheoretikern. Die Doktorarbeit zeichnet sich aus durch ihre Unvoreingenommenheit, die umfassende Berücksichtigung praktisch aller zugänglichen Dokumente und Akten sowie das Anhören und Gewichten der Aussagen von Zeitzeugen. Titus Meier bringt darin als Generalstabsoffizier zudem sein eigenes militärisches Wissen ein. Er hat für eine interessierte und kritische Leserschaft einen reichen Fundus von Informationen zusammengetragen. So lässt sich seiner Arbeit entnehmen, dass sich Bundesrat und Armeeführung bereits zu Beginn des Zweiten Weltkriegs intensiv mit der Frage des Widerstands im feindbesetzten Land auseinandergesetzt haben. Seit 50 Jahren zieht sich dieses Thema wie ein roter Faden durch die Diskussionen innerhalb der Armeeführung und später im Rahmen der Gesamtverteidigung bis zur Auflösung der P-26. Die in dieser Hinsicht teils bitteren Erfahrungen in vielen anderen Staaten beweisen, dass die verantwortlichen Stellen in unserem Land sich zu Recht nicht nur während des Zweiten Weltkriegs, sondern auch während des Kalten Kriegs der Frage des Widerstands im feindbesetzten Gebiet gestellt haben.

Das Ende der P-26 wurde von überaus heftigen medialen Gewittern begleitet. Doch nicht jeder Kommentar traf zu, und nicht jede fundierte Erklärung seitens der «Angeklagten» wurde gewürdigt! Beispielhaft ist der immer wieder zitierte Begriff «Geheimarmee». Bundesrat Villiger hatte sich im Parlament bereits gegen diesen

Begriff verwahrt - erfolglos. Wer eine Kaderorganisation von nicht einmal 400 Personen als Armee bezeichnet, beweist damit lediglich, dass er wenig Ahnung von militärischer Organisation hat. Oder er kommuniziert wider besseres Wissen einzig zur Stimmungsmache.

Dass die Namen der P-26-Mitglieder unter Verschluss bleiben, ist Bundesrat Villiger hoch anzurechnen. Sie haben sich keines Vergehens schuldig gemacht. Im Gegenteil: Diese Frauen und Männer verdienen den Dank unserer Bevölkerung. Sie haben sich freiwillig zur Verfügung gestellt, um die verantwortungsvolle und gefährliche Aufgabe, wie sie in Ziffer 426 der Konzeption der Gesamtverteidigung vom 27. Juni 1973 festgeschrieben ist, zu übernehmen. Sie waren bereit, dabei gegebenenfalls ihr Leben zu riskieren.

Die Frage nach der effektiven Wirkung einer Widerstandsorganisation lässt sich objektiv kaum beantworten; zu weit liegen die Einschätzungen auseinander. Titus Meier zeigt mit seiner Dissertation aber auf, dass es zu jeder Zeit Personen gab und geben wird, die einer Fremdbesetzung nicht tatenlos zusehen und alles daransetzen werden, um einem möglichen Besatzer das Leben in unserem Land schwer zu machen. Sein Buch ist Pflichtlektüre für alle, die sich mit dem Thema Widerstand im feindbesetzten Raum ernsthaft befassen und mitreden wollen.

Dr. Arthur Liener, Generalstabschef 1993-1997

# 1 Einleitung

«Eine Besetzung des Landes darf nicht das Erlöschen jeden Widerstandes bedeuten. Ein Gegner soll auch in diesem Fall nicht nur mit Ablehnung, sondern mit aktivem Widerstand rechnen müssen. Diese Gewissheit muss in seiner Gewinn- und Verlustrechnung ein für uns positives Element sein.»

Mit diesen Worten wird in der Ziffer 426 der *Konzeption der Gesamtverteidigung* vom 27. Juni 1973 (*Bericht 73*) der Widerstand im feindbesetzten Gebiet einleitend umschrieben und konzeptionell in der schweizerischen Sicherheitspolitik verankert. Knapp 17 Jahre später, am 8. März 1990, zitierte der Vorsteher des Militärdepartements (EMD), Bundesrat Kaspar Villiger, im Nationalrat diesen Passus anlässlich der Debatte um die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) für das EMD. Auslöser waren verschiedene Medienberichte über eine angebliche «Geheimarmee» innerhalb der Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr (UNA), die für den Besetzungsfall aufgebaut würde. Villiger bestätigte, dass Widerstandsvorbereitungen getroffen würden, und verneinte die Bezeichnung «Geheimarmee»: «Ich kann Ihnen nur sagen, dass es sich nicht um Geheimarmeen handelt. [...] Es handelt sich um eine nicht einmal besonders grosse Kaderorganisation, die bisher dem Generalstabschef allein verantwortlich war, obschon die Organisation ein Instrument der Gesamtverteidigung darstellt - aktiver und passiver Widerstand - und

unabhängig von der Armee aufgebaut wurde.» Diese Vorbereitungen seien bisher streng geheim gehalten worden, da eine Widerstandsorganisation, die man kenne, im Ernstfall ihre Pflicht nicht erfüllen könne. Aufgrund der weltpolitischen Umwälzungen der letzten Monate würden die Widerstandsvorbereitungen überprüft, ob sie «dem aktuellen Bedrohungsbild und einer offenen Gesellschaft noch genügend entsprechen».<sup>1</sup> Nachdem sich bereits der Ständerat für eine PUK ausgesprochen hatte, stimmte auch der Nationalrat – gegen den Willen des Bundesrates – der Einsetzung einer PUK zu. Im November 1990 präsentierte die PUK ihren Schlussbericht und kritisierte unter anderem, dass die Führung des Widerstandes ohne entsprechende Rechtsgrundlage an eine Organisation namens Projekt 26 (P-26) übertragen worden sei, die «ausserhalb der Verwaltung und ausserhalb der Armee angesiedelt» sei.<sup>2</sup> Gleichentags informierte der Bundesrat, dass er die Organisation wenige Tage zuvor aufgelöst habe. In den folgenden Wochen dominierte das Thema die Berichterstattung in den Medien, die unterschiedlich auf den Bericht reagierten. Während einige die Kritik unter dem Verweis auf den soeben zu Ende gegangenen Kalten Krieg relativierten, zeichneten andere das Bild einer gefährlichen, antidemokratischen Organisation. Insgesamt überwog die Kritik, und bis heute wird über die richtige Einordnung des Projekts 26 diskutiert.

Diese Studie befasst sich mit den Vorbereitungen, die für den Widerstand in einer besetzten Schweiz getroffen wurden. Sie setzt ein mit dem Zweiten Weltkrieg, als erstmals die Besetzung von Teilen der Schweiz ein

realistisches Szenario darstellte, und endet mit der Auflösung der «Kaderorganisation Projekt 26» am Ende des Kalten Kriegs 1990.

Während des Zweiten Weltkriegs war die Schweiz unterschiedlichen militärischen Bedrohungen ausgesetzt. Einerseits drohte – wie bereits im Ersten Weltkrieg – die Souveränität der Schweiz durch einen gegnerischen Angriff in einer Umgehungsaktion verletzt zu werden. Ziel eines Angreifers wäre es gewesen, möglichst rasch und mit wenigen Verlusten durch die Schweiz zu stossen, um den Gegner in seiner Flanke anzugreifen. Andererseits war spätestens im Frühjahr 1940 klar, dass Nazideutschland auch vor der Besetzung neutraler Kleinstaaten nicht zurückschreckte. Gerade die Erfahrungen in den besetzten Gebieten zeigten, dass bei einem ideologischen Gegner die Zivilbevölkerung Unterdrückung, Deportationen, Terror, Folter und Tod ausgesetzt war. Gleichzeitig gab es immer wieder positive Berichte über Aktionen gegen die Besetzer durch zivile Untergrundbewegungen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte innerhalb des Offizierskorps eine teils öffentlich ausgetragene Debatte ein über die der Schweiz und ihrer Armee angemessenen Kampfführung. In dieser als Konzeptionsstreit bezeichneten Auseinandersetzung standen sich zwei Lager gegenüber: Die «Wille-Schüler», bezeichnet nach dem früheren General Ulrich Wille, orientierten sich am internationalen Mainstream und traten für eine hochgerüstete Armee ein, die mit stark offensiven Komponenten den operativen Sieg sucht. Die «Armeereformer» orientierten sich an den spezifisch schweizerischen Gegebenheiten. Sie

propagierten eine tief gestaffelte, statische Verteidigung und erstrebten als operatives Ziel die Abnützung des Gegners. Die Aussicht auf einen lang anhaltenden Widerstand sollte einen potenziellen Angreifer abschrecken. Falls es dennoch zum Krieg kommen sollte, so würde der zähe Widerstand zumindest zu einer ehrenvollen Niederlage führen und die Grundlage bilden für eine spätere Auferstehung als souveräner Staat.<sup>3</sup>

Innerhalb der Generalstabsabteilung, die für die operative und materielle Kriegsbereitschaft der Armee zuständig war, gab es in den Nachkriegsjahren im Territorialdienst und in der Nachrichtensektion Überlegungen zu Vorbereitungen für den Besatzungsfall, die sich aus den jeweiligen Aufgabenbereichen ergaben. Parallel dazu keimen im Rahmen des Konzeptionsstreits Forderungen nach einer Ausrichtung der Schweizer Armee nach dem Vorbild des Partisanenkampfs auf. 1966 legte der Bundesrat die Konzeption für die militärische Landesverteidigung *Konzeption 66* vor, die den Konsens im schweizerischen Offizierskorps wieder herstellte. Im Kern ging es um die Abwehr als ein Kampfverfahren auf taktischer und operativer Stufe, das einerseits das Halten von Stützpunkten und Sperren durch die Infanterie und andererseits das Führen von Gegenschlägen, seltener Gegenangriffe, durch mechanisierte Verbände vorsah.<sup>4</sup> Nun ging es darum, eine sicherheitspolitische Gesamtstrategie für die Schweiz zu formulieren. Der Bundesrat setzte dazu eine Studienkommission für strategische Fragen unter dem Vorsitz des ETH-Professors Karl Schmid ein. Diese legte 1969 einen umfangreichen Bericht vor, worin erstmals der

(gewaltlose und gewaltsame) Widerstand im besetzten Gebiet als strategisches Mittel der Schweiz bezeichnet wurde. Weitere strategische Mittel waren die Innen- und die Aussenpolitik, die Wirtschaft sowie Armee und Zivilschutz. Der Widerstand sollte dabei nicht den militärischen Abwehrkampf ersetzen, sondern diesen ergänzen und fortsetzen. Der Widerstand sollte gegen innen der «geistigen und moralischen Zermürbung» der Bevölkerung in der besetzten Schweiz entgegenwirken, die noch vorhandenen Kräfte aktivieren und auf ein gemeinsames Ziel ausrichten. Der Bericht warnte vor der Illusion, die Wirksamkeit des Widerstandes nach militärischen Messpunkten bestimmen zu wollen: «Der tatsächliche Erfolg des Widerstandes ermisst sich möglicherweise weniger am Ausmass des Schadens, der dem Gegner zugefügt wird, als daran, dass die Welt erfährt: Diese Nation hat sich nicht aufgegeben.»<sup>5</sup> Als wichtig für einen erfolgreichen Widerstand erachtete die Kommission den nahtlosen Übergang vom militärischen Abwehrkampf zum zivilen Widerstandskampf, die Anlegung logistischer Depots im Frieden, eine zentrale Führung inklusive Nachrichtendienst und Kommunikationsverbindungen zur Koordination der Aktionen sowie eine formelle Anerkennung durch die legitime Regierung, das heisst den Bundesrat.<sup>6</sup>

Noch bevor der Bericht veröffentlicht wurde, erhielten 1969 alle Haushalte in der Schweiz das Büchlein *Zivilverteidigung* zugestellt. Herausgegeben durch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement im Auftrag des Gesamtbundesrates, sollte es die Menschen für die

Belange der zivilen Landesverteidigung sensibilisieren, um «die Widerstandskraft des Volkes zu erhalten und zu stärken, die Unabhängigkeit der Schweiz zu sichern».<sup>7</sup> Albert Bachmann, Spiritus Rector und Verfasser des Büchleins, wählte die Form einer chronologischen Rahmenerzählung, die vom Frieden über den Krieg bis zur Wiederbefreiung der Schweiz reicht. Ein ausführliches Kapitel schildert den Widerstand in einer besetzten Schweiz, der durch eine Exilregierung geführt wird. Für kontroverse Diskussionen in der Öffentlichkeit sorgte vor allem das Kapitel über die «zweite Form des Krieges», die psychologische und subversive Kriegführung, weil zahlreiche oppositionelle und intellektuelle Kreise sich darin als Akteure unter dem Vorwurf des Landesverrats wiederfanden.<sup>8</sup>

1973 legte der Bundesrat die *Konzeption der Gesamtverteidigung* vor, die auf den Vorarbeiten der Studienkommission Schmid aufbaute. Sie verfolgte eine militärisch-zivile Doppelstrategie zur Wahrung der demokratischen Selbstbestimmung: Während auf militärischer Ebene die notwendigen Verteidigungsmassnahmen getroffen werden sollten, um einen Krieg zu verhindern, sollte gleichzeitig auf ziviler Ebene eine aktive Aussenpolitik einen Beitrag zu einem dauerhaften internationalen Frieden leisten.<sup>9</sup> Erstmals wurde eine sicherheitspolitische Gesamtstrategie definiert, die mit dem Einbezug ziviler Komponenten auch dem gesellschaftlichen Wertewandel Rechnung trug.<sup>10</sup>

Ausgehend von vier Konfliktebenen, auf denen Bedrohungsformen auftreten konnten, machte die

Konzeption sechs strategische Fälle aus: vom Normalfall, dem Zustand relativen Friedens, bis zum Besetzungsfall als letzter und schlimmster Situation.<sup>11</sup> Eine Besetzung bedeutet nicht nur die Anwesenheit fremder Truppen, sondern die Machtübernahme im Staat durch den Gegner. Weil dieser während des Kalten Krieges nicht mehr ausschliesslich ein militärischer, sondern vielmehr auch ein ideologischer war, hätte sich eine Besetzung auch auf die politisch-freiheitliche Ordnung der Schweiz ausgewirkt. Widerstand im Besetzungsfall wurde deshalb nicht primär als ein militärisches, sondern zunehmend als ein politisches Problem verstanden. Ausgehend von den strategischen Fällen wurden sechs strategische Hauptaufgaben, das heisst Massnahmen, abgeleitet, darunter der Widerstand im feindbesetzten Gebiet als Reaktion auf die Besetzung der Schweiz. Die Konzeption unterscheidet zwischen dem bewaffneten und dem gewaltlosen Widerstand gegen die Besatzungsmacht, wobei beide Arten als Elemente zur schweizerischen Strategie gezählt wurden. Ziel des Widerstandes ist «die Befreiung und Wiederherstellung einer freiheitlichen, unabhängigen staatlichen Gemeinschaft».<sup>12</sup> In den Leitsätzen zur Verwirklichung der Sicherheitspolitik wurde unter der Ziffer 717 festgehalten: «*Kleinkrieg* und *gewaltloser Widerstand* in besetzten Gebieten werden innerhalb der durch das Kriegsvölkerrecht gezogenen Schranken vorbereitet und nötigenfalls geführt, damit der Gegner unseren ungebrochenen Freiheitswillen erkennt und ihm eine Besetzung mit allen möglichen Mitteln erschwert wird.»<sup>13</sup> Während der Kleinkrieg in Form des Jagdkampfes eine

Aufgabe der Schweizer Armee war, erkannte man in der Aufrechterhaltung und Demonstration des Freiheitswillens nach einer Besetzung des Landes eine überwiegend politische Aufgabe, deren Vorbereitung damals beim Spezialdienst lag und ab 1979 beim Projekt 26, der Kaderorganisation für den Widerstand im feindbesetzten Gebiet. Zwischen 1989 und 1991 kam es zu einem weltpolitischen Umbruch von historischem Ausmass. Innerhalb kurzer Zeit implodierte der Ostblock mehrheitlich gewaltfrei und beendete damit nach gut vier Jahrzehnten die Ost-West-Antagonie des Kalten Kriegs: Fall der Berliner Mauer (9. November 1989), deutsche Wiedervereinigung (3. Oktober 1990) und Auflösung der Sowjetunion (26. Dezember 1991) waren wichtige Meilensteine. Diese Veränderungen machten eine sicherheitspolitische Neuorientierung notwendig, welche die Schweiz mit dem *Bericht 90* rasch umsetzte und die *Konzeption der Gesamtverteidigung* von 1973 ablöste. Der Bericht analysierte nicht mehr nur Bedrohungen, sondern zeigte auch Chancen auf. Trotzdem blieb er realistisch, indem mit möglichen Rückschlägen in die Konfrontation und dem Auftauchen neuer Gefahren gerechnet wurde, weshalb auch der Widerstand im besetzten Gebiet weiterhin zur fortdauernden Manifestation des Unabhängigkeitswillens zum Spektrum der schweizerischen Sicherheitspolitik gezählt wurde.<sup>14</sup>

Innenpolitisch kam es zwischen 1988 und 1991 zu einer Umbruchphase, die durch den Wegfall der Blockkonfrontation und der darauffolgenden Orientierungssuche begünstigt wurde. Gesellschaftliche

Veränderungen manifestierten sich in politischen Deutungskämpfen, die durch ein eigentliches «Skandalisierungs-Crescendo»<sup>15</sup> begleitet wurden.<sup>16</sup> 1989 musste Elisabeth Kopp, die erste Bundesrätin der Schweiz, unter starkem politischen und medialem Druck als Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartemens zurücktreten und eine PUK wurde eingesetzt.<sup>17</sup> Diese veröffentlichte im Herbst 1989, wenige Tage nach dem Fall der Berliner Mauer und zwei Tage vor der Abstimmung über die Abschaffung der Armee, ihren Bericht und löste damit den sogenannten Fichen-Skandal aus, weil bekannt wurde, dass die Bundespolizei in den Jahrzehnten zuvor Hunderttausende Karteien über politisch aktive Personen und Organisationen angelegt hatte. Die Überwachungspraxis des Staatsschutzes wurde aktuell, während die sozialistischen Staatssysteme in Mittel- und Osteuropa zerfielen. In den Monaten zuvor war in der Schweiz kontrovers über die historische und politische Bedeutung der Schweizer Armee diskutiert worden, einmal vor dem Hintergrund der Feierlichkeiten zur Erinnerung an die Mobilmachung 1939 und im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Zur Überraschung vieler stimmte zwei Tage nach der Präsentation des PUK-Berichts fast ein Drittel der Stimmberechtigten für die Abschaffung der Armee.

In den Tagen und Wochen nach dem Bekanntwerden der Registratortätigkeit der politischen Polizei stand der Staatsschutz im Zentrum der öffentlichen Kritik. Die Registraturen boten vielfaches Skandalisierungspotenzial,

das durch die Akteure aus dem links-grünen Lager erfolgreich in eine Protestbewegung überführt wurde. Bald wurde die Forderung erhoben, die Untersuchung auf das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) auszudehnen und nach vergleichbaren Registraturen zu suchen. In diesem Zusammenhang wurden Erinnerungen an das Zivilverteidigungsbüchlein und dessen Verfasser, Albert Bachmann, geweckt. Ende Februar 1990 publizierte die Wochenzeitschrift *Schweizer Illustrierte* einen Artikel über «Die Geheimarmee der EMD-Spione». Darin berichtete sie über geheime Widerstandsvorbereitungen des Spezialdienstes unter der Leitung von Bachmann mit der zentralen Aussage, das EMD unterhalte eine Geheimarmee von 2000 im Bombenlegen und lautlosen Töten ausgebildeten Männern und Frauen. Sofort nahm das «Skandalisierungs-Crescendo» wieder an Fahrt auf, und kurze Zeit später setzte die Bundesversammlung gegen den Willen des Bundesrates die PUK EMD ein. Im Herbst 1990 enttarnte die Kommission die «Geheimen Dienste» des EMD, die Kaderorganisation Projekt 26 (P-26) und den ausserordentlichen Nachrichtendienst Projekt 27 (P-27).<sup>18</sup> Sie machte publik, dass es eine Kaderorganisation gab, bestehend aus 400 rekrutierten Männern und Frauen, wovon rund 300 in den Bereichen «konspiratives Verhalten, Übermittlung, Sprengen und Schiessen sowie psychologische Schulung» ausgebildet wurden.<sup>19</sup> Die Kommission kritisierte besonders das Fehlen einer expliziten gesetzlichen Grundlage und einer wirksamen politischen Kontrolle. Der Bundesrat löste die Kaderorganisation für den Widerstand im Besatzungsfall

umgehend auf. In den folgenden Wochen dominierte die Organisation P-26 die mediale Berichterstattung und die politischen Diskussionen, wobei die - teilweise harsche - Kritik überwog, nicht zuletzt deshalb, weil zeitgleich bekannt geworden war, dass in Italien und in anderen europäischen Ländern ähnliche Vorbereitungen unter der Bezeichnung Gladio oder Stay behind getroffen wurden, die möglicherweise zu einem europäischen Netzwerk unter Nato-Führung gehörten. Das Parlament beauftragte den Bundesrat, die Frage nach einer Einbindung der schweizerischen Vorbereitungen in ein ausländisches Netzwerk zu untersuchen. Im Auftrag des Bundesrates klärte Pierre Cornu den Sachverhalt im Rahmen einer Administrativuntersuchung ab und konnte die Frage verneinen. Auch die durch die SP gegen die früheren Generalstabschefs und den Chef des Projekts 26 eingereichten Strafanzeigen wurden nicht weiterverfolgt, da kein strafbares Verhalten vorlag.<sup>20</sup>

2009 reichte der Bündner Ständerat Theo Maissen eine Interpellation ein, in der er für die ehemaligen Mitglieder der verschiedenen Widerstandsorganisationen Redefreiheit und Anerkennung für die erbrachten Dienste verlangte. Am 7. September 2009 entsprach der Gesamtbundesrat seinem Anliegen.<sup>21</sup> Auf Bestreben des Forschungsprojekts «REWI» der militärhistorischen Stiftung des Kantons Zürich unter der Leitung von Felix W. Nöthiger wurden seither an verschiedenen Orten in der Schweiz sogenannte Verdankungsanlässe für die ehemaligen Mitglieder organisiert und Zeitungsartikel publiziert.<sup>22</sup>

Bis heute wird in der Öffentlichkeit um die richtige Beurteilung dieser einst streng geheimen organisatorischen Vorbereitungen für den Widerstand gerungen. Es geht nun darum, diese auf der Grundlage neuen Quellenmaterials zu erforschen.

### **1.1 Kontextualisierung und Begriffe**

Bei den Widerstandsvorbereitungen für den Besatzungsfall handelt es sich um Vorkehrungen, die unter strengster Geheimhaltung im Friedensfall getroffen wurden und erst im Besatzungsfall ihre Wirkung entfaltet hätten. Während in anderen europäischen Ländern ähnliche Vorbereitungen aufgrund eigener Erfahrungen während des Zweiten Weltkriegs getroffen wurden, musste sich die Schweiz an ausländischen Erkenntnissen orientieren und diese an die eigenen Verhältnisse adaptieren. Im Folgenden soll kurz skizziert werden, in welchem Rahmen diese Vorbereitungen verortet werden können und welche Problematisierungen sich daraus ergeben.

Die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs hatten gezeigt, dass zukünftige Kriege in Europa weniger aus bellizistischen oder sozialdarwinistischen Motiven heraus geführt oder gedeutet werden würden, sondern vielmehr aus ideologischen.<sup>23</sup> Führte die nationalsozialistische Ideologie zum Zweiten Weltkrieg, so fürchtete man sich im Westen während des Kalten Kriegs vor dem Kommunismus und dem Ausbruch des Dritten Weltkriegs. Spätestens seit der russischen Oktoberrevolution 1917 war für Zeitgenossen eine Ost-West-Konfrontation feststellbar, deren Wurzeln noch weiter zurückreichen.<sup>24</sup> Ab 1947 wurde jene jedoch schrittweise durch den Kalten Krieg überlagert

und synonym verwendet. Um der spezifischen Qualität der Auseinandersetzung nach 1947 gerecht zu werden, soll der Kalte Krieg in diesem Buch als dominierende Epoche des Ost-West-Konfliktes verstanden werden, die sich ihrerseits in verschiedene Phasen unterteilen lässt. Wenngleich aus völkerrechtlicher Sicht der Kalte Krieg kein eigentlicher Krieg war, so kann angesichts der zahlreichen Konflikte ausserhalb Europas auch nicht von Frieden gesprochen werden. Zutreffender beschrieb Bernd Stöver deshalb den Zustand als einen permanenten und aktiv betriebenen «Nicht-Frieden» zwischen dem Westen unter der Hegemonie der Vereinigten Staaten von Amerika und einem sowjetisch dominierten kommunistischen Osten. Diese Ost-West-Antagonie wurde noch verstärkt durch die Gründung zweier militärischer Bündnisse, erstens der Nato 1949 und zweitens des Warschauer Pakts (WAPA) 1955. Obwohl die Reduzierung des Kalten Kriegs auf eine bipolare Auseinandersetzung verlockend ist, muss global gesehen von einer «Multipolarität des Kalten Kriegs» gesprochen werden, da einerseits mehrere Blöcke auszumachen sind und sich andererseits sowohl innerhalb der Blöcke als auch blockübergreifend weitere Subsysteme herauskristallisierten.

Der Kalte Krieg war ein nahezu ubiquitärer und totaler Konflikt, der, abgesehen vom Einsatz atomarer Waffen, mit allen verfügbaren Mitteln auf politisch-ideologischer, ökonomischer, wissenschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Ebene ausgetragen wurde. Deshalb wollte man sich umfassend auf alle Bedrohungen und Eventualitäten vorbereiten, wozu sowohl das Überleben im

Atomkrieg als auch der Widerstand im Besetzungsfall gehörte. So weit weg diese Vorstellung heute ist, so nahe war sie doch während des Kalten Kriegs. Für Stöver handelt es sich um ein zentrales Paradoxon des Kalten Kriegs, dass man sich einerseits in einem «totalen Krieg» wähnte, andererseits ihn aber eben gerade nicht unter Aufbieten aller, auch militärischen Mittel führen konnte.<sup>25</sup> Es galt weniger, sich nur auf den wahrscheinlichsten, sondern auch auf den gefährlichsten Fall vorzubereiten.

Es ist denn auch weniger nach der tatsächlichen militärischen Bedrohung durch einen Angriffskrieg (durch Truppen des Warschauer Pakts) zu fragen, wie sie heute aus archivierten Operationsplänen rekonstruiert werden kann, sondern nach der damaligen Bedrohungsperzeption und den daraus abgeleiteten Konsequenzen. Ob zwischen den Nato- und WAPA-Staaten eine «gigantische Absichtsspiegelung» vorlag, die dazu führte, dass die Aussen- und Militärpolitik der jeweiligen Gegenseite als aggressiv wahrgenommen wurde, ist sekundär gegenüber einer durch weite Teile der Bevölkerung wahrgenommenen latenten Bedrohung durch den waffenstarrenden Sowjetblock.<sup>26</sup>

Beinahe in regelmässigen Abständen spitzte sich die Konfrontation zwischen der UdSSR im Osten und den USA im Westen zu oder es kam zu Aktionen hinter dem Eisernen Vorhang, welche die Bedrohungswahrnehmung in Westeuropa aktualisierten: kommunistische Machtergreifung in der Tschechoslowakei und Berlinblockade (1948), Ausbruch Koreakrieg (1950), Niederschlagung des Aufstands in der DDR (1953),

Suezkrise und Niederschlagung des ungarischen Volksaufstands (1956), Berlinkrise (1958), Niederschlagung des Prager Frühlings (1968), sowjetischer Einmarsch in Afghanistan (1979) und Verhängung des Kriegsrechts in Polen (1981).

Das militärische Kräfteverhältnis zwischen den Blöcken war im europäischen Raum gekennzeichnet durch eine sowjetische Überlegenheit auf dem Gebiet der konventionellen Waffen. Zur Zeit des Koreakriegs wurde bei den Landstreitkräften mit einem Kräfteverhältnis von 4:1 und bei den Flugzeugen für die Erdkampfunterstützung sogar 5:1 zugunsten der UdSSR gerechnet. Die Nato ging davon aus, dass die sowjetischen Streitkräfte in fünf Tagen am Rhein, in 14 Tagen an der Kanalküste, in einem Monat an der Atlantikküste und nach zwei Monaten an der Pyrenäenlinie stehen könnten.<sup>27</sup> Im Bereich der Atomwaffen lag die Überlegenheit zu diesem Zeitpunkt bei den USA, was die sowjetische Überlegenheit bei den konventionellen Kräften etwas relativierte. Das atomare Patt war absehbar und in den 1960er-Jahren bereits erreicht.<sup>28</sup>

Die meisten westeuropäischen Länder, die während des Zweiten Weltkriegs durch deutsche Truppen besetzt waren, gründeten in den ersten Jahren nach dem Kriegsende sogenannte Stay-behind-Organisationen, wobei sich dieser Begriff erst später einbürgerte. In den besetzten Ländern Österreich und Deutschland waren es hauptsächlich die Engländer und Amerikaner, welche Stay-Behind-Projekte aufbauten. Die Gründung erfolgte angesichts der offensichtlichen eigenen militärischen Schwäche und der gleichzeitigen Angst vor einem sowjetischen Angriff. Es